

# Südwestblick

**Demokratisch - Kritisch - Parteilich - Links**

**Matti Nedoma, 22 Jahre, kandidiert auf Platz 1 für die BVV**

**Warum DIE LINKE. wählen ?**



Liebe Schülerinnen und Schüler,  
am 18. September finden in Berlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen statt. Bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung sind alle Männer und Frauen ab 16 Jahren aufgerufen, darüber zu entscheiden, wer

in den kommenden fünf Jahren die Politik im Bezirk gestaltet. Es geht darum, welche Schwerpunkte in der Haushaltplanung gesetzt werden. Wie das Geld in Steglitz-Zehlendorf ausgegeben wird.

Wie wichtig die Bezirksverordnetenversammlung ist, zeigt sich an einem aktuellen Beispiel: GRÜNE und die CDU wollen am Truman-Plaza neue Luxuswohnungen errichten. Dafür sollen nicht nur viele kleine Geschäfte weichen, sondern auch der Skater-Platz soll ersatzlos verschwinden.

Diese Entscheidung, die von den meisten Menschen in Steglitz-Zehlendorf abgelehnt wird, macht deutlich, welchen Stellenwert die Jugend in unserem Bezirk hat.

CDU, SPD, FDP und auch die GRÜNEN haben sich in den vergangenen Jahren gemeinsam immer weniger Geld in die Förderung der Jugendarbeit gesteckt. Freizeiteinrichtungen, Sport- und Kulturvereine müssen unentwegt darum kämpfen, ihre Existenz zu erhalten.

DIE LINKE ist in Steglitz-Zehlendorf bislang nicht in der Bezirksverordnetenversammlung vertreten. Das soll sich dieses Jahr ändern.

Wir sind ein junges Team. Von unseren neun Kandidatinnen und Kandidaten sind fünf unter 30 Jahren.

Wir wollen, dass der Bezirk seinen Hauptschwerpunkt auf Jugend- und Bildungspolitik legt. Wir wollen vernünftig ausgestattete Jugendclubs. Wir wollen Kinder und Jugendliche direkt an Entscheidungen beteiligen, zum Beispiel in Form von Jugendkonferenzen oder einem Jugendparlament.

Nur eine starke LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung kann dafür sorgen, dass endlich Schluss damit ist, dass über die Köpfe von Kindern und Jugendlichen entschieden wird.

Ausgabe 3/2011

Inhaltsverzeichnis

- 1 Warum DIE LINKE. wählen?
- 2 Wer kämpft kann verlieren...
- 3 Leistung muß sich wieder lohnen
- 4 Bundeswehr raus aus Schulen
- 5 Krieg und Frieden
- 6 Barbie, Du Opfer

Die Beiträge 3, 4, und 5 sind mit Genehmigung von Solid abgedruckt.

Bezirksverband DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf  
Schildhornstr. 85 A, 12163 Berlin, Tel. 700 96 741

V.i.S.d.P. Eberhard Speckmann

**Ihr könnt dabei helfen. Mit Eurer Stimme für DIE LINKE am 18. September!**

**Franziska Brychcy, 26 Jahre, kandidiert auf Platz 2 für die BVV**

**Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren. (Bertold Brecht)**



**Hallo!**

Du hältst gerade die aktuelle Ausgabe des Südwestblicks der LINKEN Steglitz-Zehlendorf in den Händen, die wir speziell für

Jugendliche und junge Erwachsene gestaltet haben.

Politik interessiert Dich eigentlich nicht so?

Das ist verständlich bei den Versprechen, die alle Parteien den Menschen vor der Wahl ja immer machen und nach der Wahl meistens sowieso nicht einhalten, weil ja kein Geld da ist oder der böse „Sachzwang“ das verhindert, was zweifellos frustrierend ist!

ABER: Politik ist nicht nur, was die Parteien machen oder nicht machen, sondern auch was DU machst – und das schon im Kleinen in Deiner Klasse, an Deiner Schule, im Freundes- und Bekanntenkreis etc.

Es ist wichtig, dass Du Dich informierst! Was passiert gerade an Deiner Schule oder in Deinem Jugendclub? Warum gibt es so wenig Lehrer\_innen und so eine schlechte Ausstattung an Deiner Schule? Wieso gibt es so wenig Räume, wo Jugendliche sich treffen, Sport machen oder feiern gehen können? - Du hast ein Recht darauf, eine Antwort auf Deine Fragen von Politikern aller Parteien im Bezirk und im Land Berlin zu bekommen!

Misch Dich ein! Werde aktiv! Dafür gibt es viele Möglichkeiten! Klar ist es wichtig, am 18. September 2011 selbst wählen zu gehen! Du kannst Dich aber darüber hinaus auch als Klassen- und Schülersprecher wählen lassen. Du kannst an Protestaktionen teilnehmen, z. B. am

Sa, 10. September 2011, 11 Uhr, Alexanderplatz: Bildungs-Demo „Für bessere Schulen in Berlin“ vom Landesschülerausschuss

Du kannst in einer politischen Gruppe oder in einem Jugendverband einer Partei aktiv werden, um Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Stimme zu geben und eine bessere Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit, der Schulen, der kulturellen und sportlichen Angebote für junge Leute einzufordern und Druck zu machen, damit sich etwas verändert!

**Gib nicht auf! Werde aktiv!**

## Leistung muß sich wieder lohnen

Mehr als 1,3 Millionen Menschen in diesem Land verdienen mit 40 Stunden Arbeit die Woche so wenig, dass es nicht zum Leben reicht. Viele arbeiten teilweise für weniger als 6 Euro pro Stunde und müssen ihren (Niedrig-)Lohn dann



„aufstocken“, beziehen also zusätzlich Arbeitslosengeld II. Frauen sind davon besonders betroffen. Im Schnitt erhalten sie für die gleiche Arbeit ein Viertel weniger als Männer.

Die Ungerechtigkeit beginnt weit früher, als viele denken. Das deutsche Schulsystem sortiert nämlich gnadenlos aus: In manchen Bundesländern wird bereits nach der vierten Klasse entschieden, wer Abitur machen darf und wer nicht. Gerade Menschen mit Behinderungen und Kinder, die selbst oder deren Eltern nicht aus Deutschland stammen, werden dabei ausgeblendet. Ihnen wird schon früh die Chance auf eine Ausbildung oder ein Studium verbaut.

Immer mehr Menschen arbeiten nicht mehr in regulärer Festanstellung, sondern bei Leiharbeitsfirmen. Sie leisten die gleiche Arbeit wie ihre Kolleg\_innen mit festem Arbeitsvertrag, sie erhalten aber weniger Lohn, können leichter gefeuert werden und ziemlich schnell vor dem Nichts stehen. Egal, wie sehr sie sich anstrengen, sie werden schlecht bezahlt. Den Nutzen haben die Unternehmen: Je niedriger die Löhne, umso höher die Gewinne.

Es lohnt sich, etwas gegen diese Zustände zu tun! Wir wollen nicht in einer Gesellschaft leben, in der die Mehrheit der Menschen ausgebeutet wird, damit eine Minderheit Reichtum anhäuft. Das zu ändern liegt auch an dir, werde aktiv.

## Bundeswehr raus aus den Schulen

Deutschland führt Krieg. Und das – wie immer deutlicher wird – nicht etwa um Terrorismus zu bekämpfen oder Frauenrechte zu erstreiten, sondern aus wirtschaftlichen Erwägungen. Wo es Krieg gibt, gibt es auch Unrecht und Elend, Tote und Verletzte. So zum Beispiel beim Angriff der deutschen Bundeswehr auf einen Tanklasten in Kundus, im September 2009, bei dem über 90 unschuldige ZivilistInnen ums Leben kamen. Auch deutsche SoldatInnen beenden ihren Einsatz immer öfter mit dem Tod. An einen Abzug der Bundeswehr auf Afghanistan ist nicht zu denken. Im Gegenteil: Der Bundestag hat mehrheitlich für die Verlängerung des Mandats gestimmt und die Soldatenzahlen aufgestockt. Mit dieser Entwicklung einhergehend mussten Bundesregierung und Bundeswehr auch ihre Politik gegenüber jungen Menschen verändern.

Dass die Bundeswehr an Schulen um Nachwuchs wirbt, ist zwar nicht neu. Allerdings hat die Werbung in den vergangenen Jahren enorm zugenommen. Allein im Jahr 2009 haben die 94 hauptamtlichen Jugendoffiziere der Bundeswehr laut eigenen Angaben 4389 Diskussions- und Vortragsveranstaltungen durchgeführt und damit 113.525 SchülerInnen erreicht. Während 2009 schon 12 Mio € für die Nachwuchswerbung ausgegeben wurden, sind für 2010 ganze 27 Mio € Ausgaben durch die Bundesregierung vorgesehen. Dabei sind noch nicht einmal Gehälter und Fahrtkosten der Jugendoffiziere eingerechnet. Das Engagement ist vielfältig. Nicht nur an den Schulen wird geworben, auch bei Ausbildungsmessen fehlt die Bundeswehr nie und vor Arbeitsagenturen wird jungen Menschen ein Beruf mit Zukunft versprochen. Das immer aggressivere Auftreten und Werben hat zwei Gründe. Zum Einen fehlt der Bundeswehr das Personal. Zum Anderen hat man erkannt, dass man etwas gegen die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber dem Afghanistan-Krieg tun muss.

Bundeswehr Werbeoffiziere sind vor allem an Haupt- und Realschulen, Berufsschulen und schwerpunktmäßig auf Ausbildungsmessen tätig, seit der Einführung von Studiengebühren auch weit mehr als früher an Gymnasien.

Sie wollen diejenigen Jugendlichen ansprechen, die angesichts fehlender Ausbildungsplätze, erschwerter Studienbedingungen an den Hochschulen und hoher Arbeitslosigkeit, keine andere Perspektive mehr sehen, als es mit einer Ausbildung bei der Bundeswehr zu versuchen. So umfasst das, im Unterricht von den Werbeoffizieren, gemachte Versprechen von der „Karriere mit Zukunft“ nicht nur eine im Vergleich gut bezahlte Ausbildung, sondern ermöglicht auch ein Studium ohne Gebühren und eine vermeintliche Zukunftsperspektive über viele Jahre. Unterlegt mit der Aussicht auf einen Beruf voller Abenteuer und einem Gehalt, von dem viele nur träumen können. Dass etwa der Krieg in Afghanistan nicht dem Spaßfaktor eines Abenteuerspielplatzes entspricht, sie für das hohe Gehalt ihr Leben aufs Spiel setzen und Teil eines grundgesetzwidrigen Angriffskrieges sind, ist vielen dabei nicht bewusst. So gehen einige aus Blauäugigkeit zur Bundeswehr, andere weil sie keine andere Möglichkeit sehen, über die Runden zu kommen. In den USA spricht man schon von der "Armee der Armen" und die Bundeswehr ist mit ihrer Werbestrategie auf dem gleichen Weg.

Der den Afghanistan-Einsatz ablehnende Teil der Bevölkerung wächst mit jedem Tag. Schon über 70% der Deutschen sind gegen diesen Krieg. Die Werbeveranstaltungen an den Schulen haben also auch die Funktion, junge Menschen von der Sinnhaftigkeit des Einsatzes zu überzeugen. Die Jugendlichen von



heute sind immerhin die WählerInnen von morgen und der Einsatz in Afghanistan wird weder bald sein Ende finden, noch der letzte dieser Art gewesen sein.

Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg haben

sogar Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr geschlossen. In diesen Ländern vermittelt die Bundeswehr als offizieller Bildungspartner an Schulen politische Bildung, schult LehrerInnen und führt Exkursionen durch. Verteidigungsminister Guttenberg wollte sogar schon SoldatInnen an Schulen über ihre Erfahrungen im Auslandseinsatz berichten lassen. Diese Entwicklung kann man nur stoppen, wenn man Widerstand dagegen organisiert.

Die Bundeswehr hat an Schulen nichts zu suchen und sollte dort keine Werbung machen dürfen. Versucht den Besuch von Jugendoffizieren an euren Schulen zu verhindern. Was viele nicht wissen: Schulleitungen und LehrerInnen können sich weigern, den unerwünschten Besuch in ihre Klassen zu lassen. Wenn ihr also Kenntnis darüber habt, dass ein Jugendoffizier an eure Schule kommt, so spricht die/den SchulleiterIn, eure LehrerInnen und Eltern an und macht deutlich, warum ihr das nicht wollt. Dabei ist es sehr hilfreich, sich auf den Beutelsbacher Konsens zu berufen. Wenn die Lehrer und die Schulleitung dem Jugendoffizier oder dem Wehrdienstberater nicht

absagen wollen, so könnt ihr Protest organisieren und euch auf den Besuch vorbereiten, indem ihr Argumente sammelt, die ihr gegen die Bundeswehr oder die Auslandseinsätze deutscher Soldaten vorbringen könnt. Auch könnt ihr Flugblätter erstellen und Transparente malen, die ihr in der Schule verteilt und aufhängt und die deutlich machen, dass ihr den Besuch ablehnt.

### Wir fordern deshalb:

- Werbeverbot für die Bundeswehr an allen Schulen
- Kooperationsabkommen zwischen Ländern und Bundeswehr rückgängig machen
- Ausbildungsplätze statt Auslandseinsätze
- Schluss mit dem Krieg in Afghanistan und dem Werben für den Einsatz in der Bevölkerung
- selbstbestimmt lernen und leben lassen



## Krieg und Frieden

Jeden Tag kann man in den Nachrichten davon hören, in den Zeitungen davon lesen. Es herrscht Krieg. Nicht in Deutschland, aber Deutschland macht mit. Weltweit ist die Bundeswehr im Einsatz, gleich ob in Somalia oder in Afghanistan. Sie soll offiziell Frieden schaffen - doch sind Soldaten wirklich nur Aufbauhelfer in Flecktarn-Uniformen?

### Vom Fortschritt des Friedens

Von einem Frieden ist Afghanistan noch weit entfernt. Im ehemals ruhigen Einsatzgebiet der Bundeswehr im Norden des Landes kommt es vermehrt zu Anschlägen. Die humanitäre Lage hat sich für die Zivilbevölkerung kaum verbessert. Es fehlt an Trinkwasser, Lebensmitteln und Medikamenten. Viele Menschen leben vom illegalen Drogenanbau, weil ihnen nichts anders übrig bleibt. Immer wieder kommt es zu Zwischenfällen, bei denen AfghanInnen von deutschen Soldaten getötet werden. Durch die Bombardierung von zwei Tanklastwagen durch die Bundeswehr wurden 134 ZivilistInnen getötet.

Die Wut der Bevölkerung auf die Besatzungstruppen wächst und treibt sie in die Arme der Taliban. Es herrscht nicht der angestrebte Frieden, sondern Krieg.

### Kein Ende in Sicht

In Afghanistan gibt es kaum Fortschritte. Über zehn Jahre militärische Besatzung haben an der Situation der Menschen vor Ort nichts zum Positiven verändert. Warum also hält die Bundesregierung am Einsatz fest? In jedem Falle gäbe es eine Option: Statt mit Waffen könnten mit ziviler Hilfe die Lebensbedingungen in Afghanistan verbessert und das Land langfristig stabilisiert werden. Die Voraussetzung dafür wäre ein Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

## Die Frage ist: Wer profitiert?

Deutschland ist nicht nur „Exportweltmeister“, sondern auch einer der weltweit größten Waffenhersteller. Rheinmetall beispielsweise verkauft hochmoderne Waffensysteme in alle Welt, die gesamte Rüstungsbranche boomt. Der Düsseldorfer Rüstungskonzern verdient damit Millionen mit dem Tod von Menschen. Der Luftfahrtkonzern EADS, an dem auch öffentliche Investoren aus Deutschland beteiligt sind, verdient jährlich knapp 17 Milliarden Dollar mit Kampfflugzeugen und Raketen. Frieden hieße für solche Unternehmen weniger Gewinn. Wenn sie also, wie z.B. EADS, Veranstaltungen der Universität der Bundeswehr in München sponsern oder Regierungsmitglieder auf ihren Veranstaltungen sprechen lassen, versprechen sie sich davon eines: Mehr Profite durch Krieg.

## Freie Handelswege mit Gewalt?

Wenn vor Somalia Piraten ihr Unwesen treiben, rückt die Bundeswehr ebenfalls aus. Sie sollen Handelswege sichern, also mit Gewalt dafür sorgen, dass Schiffsladungen an ihr Ziel kommen. Krieg wird also nicht nur im Sinne des „Friedens“ geführt, sondern auch knallhart zur Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen. Dabei ist es völlig egal, warum es Piraterie überhaupt gibt: Die Lebensbedingungen in Somalia sind mehr als schlecht. Nicht zuletzt sind es auch deutsche Unternehmen, die die afrikanischen Länder gnadenlos ausbeuten und damit die Grundlage dafür schaffen, dass die Bevölkerung gezwungen ist, ihren Lebensunterhalt z.B. durch Piraterie zu sichern.

## Deutschland im Krieg für die Wirtschaft?



Deutsche Soldaten führen also „Friedensmissionen“ durch, die militärisch nicht gewonnen werden können, und bekämpfen Kriminelle - quasi als Weltpolizei. Dies alles dient nicht abstrakt dem Frieden, sondern den Gewinnen der Wirtschaft und insbesondere der Waffenhersteller. Als Linksjugend [solid] fordern wir die sofortige

Beendigung aller Kriegseinsätze. Frieden wird nicht durch Krieg, sondern durch zivile Hilfe geschaffen. Außerdem fordern wir einen Stopp aller Rüstungsexporte. Rüstungskonzerne ver-gesellschaften und auf zivile Produktion umstellen!

## Barbie, Du Opfer!

Wer entscheidet eigentlich darüber, was als "schön" gilt?

Heidi Klum? Deine Mudda? Oder Du selbst?

Der Wahnsinn des Körperkults

Schlank sein, rasierte Beine, braun gebrannte Haut und lange Haare - all das sind Schönheitsideale, die in unserer kapitalistischen Gesellschaft als "sexy" und "anziehend" gelten. Wer hätte nicht gerne einen flachen Bauch, schöne Beine und einen knackigen Hintern - wie all jene Models, die pünktlich mit dem Frühlingserwachen auf den Werbeplakaten posieren? Schönheit ist schon längst keine Privatsache mehr. Schönheit

an sich ist ein Kapitalwert: je schöner die Person, desto höher der Profit. Von Nutzen ist dies beispielsweise für die Kosmetik-industrie: Ihr geht es darum, möglichst viele Schönheitspro-dukte zu verkaufen, um viel Gewinn zumachen, so dass sie immer wieder neue Kosmetikartikel auf den Markt werfen kann.

Über die Mode- und Kosmetikbranche - gepusht durch Casting -Shows wie "Germany's next Topmodel" wird eine Normalität über Körpermaße und Aussehen erzeugt. Normal ist, wer sich die Beine rasiert und möglichst wenig Gewicht auf den Rippen hat. Unnormal hingegen sind diejenigen, die sich nicht die Bei-ne rasieren und Kleidergröße 40 statt 34 tragen. In den letzten Jahren hat sich in den westli-chen Industriestaaten ein regel-rechter Schlankheitswahn ent-wickelt. Sichtbar wird dies nicht nur an den abgemagerten Mo-dels, sondern auch an immer dünner werdenden Schaufen-sterpuppen, die heute etwa 10 cm weniger Hüftumfang und 5 cm schmalere Oberschenkel haben als in den 1920er Jahren!



Erschreckend sind vor allem die Ergebnisse aus Umfragen, laut derer sich 50 Prozent aller Mädchen unter 15 Jahren für zu dick halten und 66 Prozent aller 11 bis 19-jährigen Jungen und Mädchen dünner sein möchten, als sie sind. Gesundheitliche Auswirkungen zeigen sich in der Zunahme derer, die an Ma-gersucht erkranken. Etwa 5 Millionen Frauen und Männer in Deutschland leiden an Essstörungen, davon haben 3,7 Millio-nen gefährliches Untergewicht, etwa 10 Prozent der an Ma-gersucht erkrankten Menschen sterben. Die Zahl der Mager-süchtigen verdreifachte sich in den letzten 10 Jahren. An Ma-gersucht und Bulimie erkranken jedoch nicht nur Mädchen und Frauen. Jeder Zehnte an Essstörungen erkrankte Mensch ist heutzutage ein Mann.

Das Problem ist, dass nicht nur die Mode- und Kosmetikbran-che von Essstörungen profitieren, sondern ebenso die Schön-heitschirurgie, die Pharmaindustrie mit ihren Anpreisungen von Appetitzüglern sowie die Lebensmittelindustrie mit all ihren Light-Produkten.

**Mit unserem Körper und unserem Aussehen darf kein Kapital geschlagen werden!**

**Stopp dem Körperdrill und Schlankheitswahn!**

**Entscheide du, was schön ist!**

## Termine

**5. September „Was macht das Brot an der Börse“**

**mit Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. Thüringen, 19:00 Uhr im Haus der Naturfreunde, Ringstr. 76/77, 12205 Berlin**

**12. September, um 19:30 Uhr, „Ein Plädoyer für eine neue Weltwirtschaftsordnung“**

**mit Sahra Wagenknecht, stellv. Vorsitzende**

**DIE LINKE. im Haus der Naturfreunde, Ringstr. 78/77**